

Antrag an den Landesrat DIE LINKE. NRW 6. Oktober 2018 in Hattingen

Antragsteller*innen: LISA-Sprecherinnen

Ergänzung des Positionspapiers DIE LINKE.NRW – LAG LISA

„Für ein Europa der Demokratie und des Friedens – Nein zur EU der Banken und Konzerne“

Einfügen nach dem 3. Absatz

Vor 100 Jahren wurde in Deutschland das Wahlrecht für Frauen eingeführt, aber Geschlechtergerechtigkeit ist weder in Deutschland noch europaweit bisher erreicht worden. Zunehmende populistische und antidemokratische Positionen in den europäischen Ländern stellen eine Gefahr für Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit dar. Der Kampf um sexuelle Selbstbestimmung wird durch rechte Ideologien erneut entfacht, Frauen, die selbst über ihren Körper bestimmen wollen, werden kriminalisiert. Es regt sich Widerstand, die reaktionäre Politik in verschiedenen europäischen Staaten bringt die Frauen zu Tausenden auf die Straße, in Spanien waren es im letzten Jahr Hunderttausende, die für Gleichstellung sowohl im Beruf wie auch im Privatleben gestreikt haben.

Negative Anreize für Frauen in den Arbeitsmarkt einzutreten, finanzielle Abhängigkeiten durch Teilzeitarbeit, hervorgerufen durch fehlende Betreuung für Kinder oder zu pflegende Angehörige, reproduzieren und manifestieren traditionelle Geschlechterrollen. Das zeigt sich auch darin, dass weit mehr als die Hälfte der nicht bezahlten Arbeit von Frauen geleistet wird. Besonders deutlich wird die Kluft zwischen den Geschlechtern in den Bereichen Pflege, Wissenschaft und Technologie, in den Vorstandsetagen, in der Politik sowie in den Aufsichtsräten. Europaweit sind mehr als die Hälfte der Erwerbslosen weiblich und die Frauenarmut -speziell bei Alleinerziehenden und Rentnerinnen- nimmt deutlich zu.